



15. Europäischer Essaywettbewerb für Studentinnen und Studenten 2026

ausgerufen durch

Dr. Albert-Peter Rethmann, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde,
und Doc. Dr. Matěj Spurný, Präsident der Bernard-Bolzano-Gesellschaft.

Thema: „Universelle Menschenrechte – ein herrlicher Mythos aus Welt von gestern?“

1. Platz

Pablo Dufour, 24, Studienfach: M.A. Politikwissenschaft

Wenn ich in Brunn vor dem Denkmal für die Brünner Opfer des Holocausts stehe, das an Gewalt erinnert, die heute kaum noch jemand persönlich erlebt hat, frage ich mich, was ehrlicher ist: die offene Anerkennung von Macht und Interessen oder der hartnäckige Verweis auf Werte, die immer wieder gebrochen werden. In meiner Generation klingt das Wort „Menschenrechte“ oft wie eine leere Formel aus politischen Sonntagsreden. Und doch wäre ohne genau diese Formel das Europa, in dem ich heute frei studiere, reise und diskutiere, kaum vorstellbar. Vielleicht liegt der Fehler nicht darin, dass wir an Menschenrechte geglaubt haben, sondern darin, zu glauben, wir könnten auf sie verzichten.

Der Reiz des Verzichts ist groß. Wer die gegenwärtige Weltpolitik betrachtet, kann sich der Versuchung kaum entziehen, das Konzept universeller Menschenrechte als überholten Mythos abzutun. Autoritäre Regime geben sich offen gleichgültig gegenüber Freiheit und Würde des Einzelnen, während demokratische Staaten ihre Außenpolitik zunehmend mit Sicherheitsinteressen und wirtschaftlicher Nützlichkeit rechtfertigen. Der Anspruch, moralisch zu handeln, scheint dabei eher hinderlich als hilfreich zu sein. In dieser Perspektive wirkt der „ehrliche Zynismus“ fast befreiend: Endlich wird nicht mehr so getan, als ginge es um Werte, wenn in Wahrheit Interessen auf dem Spiel stehen. Dieser Zynismus hat etwas Bestechendes, denn er verspricht Klarheit in einer Welt der Doppelmoral und wenn niemand mehr vorgibt, universelle

Maßstäbe zu vertreten, muss sich auch niemand mehr an ihnen messen lassen. Menschenrechte erscheinen dann als gut gemeinte, aber wirkungslose Moralkulisie vergangener Jahrzehnte, dessen selektive Anwendung sie ohnehin entleert. In dieser Lesart leben wir ehrlicher, wenn wir anerkennen, dass Macht letztlich immer entscheidet.

Doch je länger ich über diese Position nachdenke, desto deutlicher wird mir, dass sie eine entscheidende Dimension ausblendet: die historische Erfahrung eines Raumes wie Ostmitteleuropa, in dem Ehrlichkeit ohne moralische Begrenzung selten zu Gerechtigkeit geführt hat. Gerade hier, zwischen Deutschland, Tschechien und der Slowakei, war das offene Bekenntnis zu Macht und Interessen niemals der Beginn von Versöhnung, sondern meist der Auftakt zu Gewalt, Vertreibung und jahrzehntelanger Verhärtung. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts in dieser Region ist eine Geschichte der Zumutungen in der nationalistische Machtansprüche und ethnische Kategorisierungen selten hinter wohlklingenden Werten verborgen wurden. Entscheidungen über Zugehörigkeit wurden selten im Namen abstrakter Ideale getroffen und die Sprache der Sachzwänge sowie nüchterner Notwendigkeiten machte Widerspruch nahezu unmöglich. Die Gewalt war das Resultat einer Logik, die sich selbst als realistisch verstand. Wer Menschen primär als kollektive Größen denkt, braucht keine moralische Rechtfertigung mehr für ihre Verschiebung oder Entrechtung. Das Ergebnis war nicht Stabilität. Aus einer generationenübergreifenden Spirale aus Schuld, Angst und Misstrauen folgte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kein ehrlicher Neuanfang im Sinne einer nüchternen Interessenpolitik, sondern zunächst die schweigende Verdrängung und ideologische Verhärtung. Versöhnung begann erst viel später. Und sie begann dort, wo Leid benannt, Schuld anerkannt und menschliche Würde auch rückwirkend ernst genommen wurde. Dieser Prozess war fragil und oft schmerzhaft, ließ sich nicht erzwingen und nicht verordnen. Aber er hatte eine gemeinsame Sprache der Menschenrechte, auch wenn sie nicht immer so genannt wurde. Begriffe wie Würde, Verantwortung und individuelle Freiheit ermöglichten es neben der historischen Erklärung auch vergangenes Unrecht moralisch zu bewerten.

Gerade darin liegt eine oft unterschätzte Stärke der Menschenrechte. Der Irrglaube, Menschenrechte seien lediglich ein Instrument zur Machtbegrenzung oder politischen Legitimation, verkennt und untergräbt ihre Funktion als normative Grammatik, die es überhaupt erst ermöglicht, über Unrecht zu sprechen und ohne die Versöhnung kaum denkbar gewesen wäre. Nicht, weil sie Konflikte aufgelöst hätte, sondern weil sie sie artikulierbar gemacht hat. Ohne diese Grammatik zerfallen Erfahrungen von Leid in private Geschichten, die politisch folgenlos bleiben, da erst durch universelle Begriffe individuelles Unrecht anschlussfähig für kollektive Verantwortung wird.

Diese Einsicht begegnet mir in Gesprächen über meine eigene Familiengeschichte, insbesondere in der Erzählung der Flucht meiner Oma, geprägt von Verlust, Aufbruch und dem Versuch, sich ein neues Leben aufzubauen, ebenso wie in der Art, wie Geschichte insgesamt erzählt oder verschwiegen wird. Menschenrechte markieren hier eine Grenze dessen, was als legitim gelten darf, selbst dann, wenn diese Grenze überschritten wurde. Vor diesem Hintergrund erscheint mir

der gegenwärtige Ruf nach dem ehrlichen Zynismus problematisch. Er mag die Heuchelei der Machtpolitik entlarven, aber er beseitigt zugleich den Maßstab, an dem diese Politik überhaupt kritisierbar ist. Wenn Interessen das letzte Argument sind, bleibt kein Raum mehr für Verantwortung oder moralische Selbstbindung. Der Verzicht auf Menschenrechte bedeutet dann den Verzicht auf eine gemeinsame Sprache der Kritik und gerade für eine junge Generation, die in einem vergleichsweise offenen und friedlichen Europa aufgewachsen ist, ist diese Gefahr schwer zu erkennen. Menschenrechte erscheinen uns oft selbstverständlich und ihr Pathos wirkt abgenutzt, ihre Durchsetzung inkonsequent. Doch liegt darin kein Argument gegen sie, sondern eines für ihre Wiederentdeckung als bewusst unvollkommene Orientierung in einer konflikthaften Welt. Die ostmitteleuropäische Geschichte lehrt, dass Ehrlichkeit ohne normative Begrenzung nicht zu Versöhnung führt. Sie lehrt auch, dass Menschenrechte als notwendiger Widerspruch zur Welt von heute ihre größte Wirkung dort entfalten, wo sie eingefordert werden, obwohl ihre Missachtung offensichtlich ist.

Wenn ich das Denkmal in Brünn verlasse, bleibt die Frage nach der Ehrlichkeit bestehen. Doch sie stellt sich mir nun anders. Ehrlich ist nicht der Verzicht auf Werte zugunsten von Macht. Ehrlich ist es, anzuerkennen, dass wir ohne Werte zwar klarer sehen mögen, aber schlechter handeln. Menschenrechte sind kein Garant für Gerechtigkeit, aber ohne sie fehlt uns die Sprache, um Ungerechtigkeit überhaupt als solche zu erkennen. Sie sind gerade deshalb unverzichtbar, weil sie der Logik der Macht nie ganz entsprechen und ihr Wert nicht darin liegt, zu funktionieren, sondern darin, zu widersprechen. Vielleicht besteht unsere Verantwortung heute nicht darin, Menschenrechte zu verteidigen, als wären sie unantastbar, sondern darin, sie nicht preiszugeben, gerade dann, wenn es einfacher wäre, es zu tun.